

" 11479 Montrealer Protokoll  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5546 N

1993 -11- 10

## ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Freunde und Freundinnen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend Ozonschichtzerstörung/Montrealer Protokoll

Ein wesentlicher Teil in der Strategie des globalen FCKW-Ausstiegs des Montrealer Protokolls ist der Multilaterale Fonds.

Dieser soll - finanziert durch Zahlungen der Industriestaaten (als "Nicht-Artikel 5 Staaten" im Montrealer Protokoll bezeichnet) den Umstieg auf ozonschichtfreundliche Technologien in den Nicht-Industriestaaten ("Artikel-5-Staaten") finanzieren.

Da die größten Wachstumsmärkte in den Artikel-5-Staaten liegen, kommt dem Multilateralen Fonds besondere Bedeutung zu. Doch gerade hier zeichnet sich ab, daß die Entwicklung in die völlig falsche Richtung - nämlich von vollhalogenierten FCKW zu noch immer ozonschichtzerstörenden teilhalogenierten FCKW und den Treibhausgasen FKW - geht.

Das Beratergremium des Multilateralen Fonds - die Open Ended Working Group (OEWG) - erarbeitete (unter intensiver Zusammenarbeit mit der FCKW-Industrie!) nun einen Vorschlag, der in der nächsten Montrealer Protokoll Sitzung (19.- 26.11.1993 in Bangkok, Thailand) diskutiert und in der einen oder anderen Form beschlossen werden wird.

Der Vorschlag der OEWG entspricht ganz der Linie der FCKW/FKW-Produzenten. Anstelle der bereits heute in den westlichen Industriestaaten in großen Maßstab verwendeten FCKW/FKW-freien Technologien der Kühltechnik und der Kunststoffschäumung, werden im OEWG-Papier ausschließlich teilhalogenierte FCKW bzw. FKW als Alternativen vorgeschlagen!

Dies ist aus den unterschiedlichsten Gründen nicht sinnvoll.

Eine Umstellung auf teilhalogenierten FCKW bzw. FKW stellt nur eine Übergangslösung dar. Es wird eine zweite Umstellung auf wirklich ozonschicht-/klimafreundliche (halogenfreie) Alternativen notwendig sein, denn teilhalogenierte FCKW wurden als Ozonkiller bereits ebenfalls im Rahmen des Montrealer Protokolls mit einem Ausstiegsplan versehen. FKW werden als massive Treibhausgase in naher Zukunft von der Klimakonvention erfaßt werden.

- Damit werden die Kosten der Umstellung, da diese auf mindestens zwei Stufen erfolgt, wesentlich (auf Kosten der Steuerzahler in den Industriestaaten) verteuert.
- Es wird damit eine veraltete, nicht dem letzten Stand der Technik gefördert, und zwar von jenen Ländern, die bereits technologisch einen Schritt weiter sind.
- Damit wird die Möglichkeit auf umweltgerechtere Technologien verhindert.
- Der einzige Gewinner ist damit Chlor/F(C)KW-Industrie.

Der Vorschlag der OEWG widerspricht auch dem Geist des Kopenhagener Zusatzabkommen zum Montrealer Protokoll.

Für "Artikel 5 - Staaten" muß eine Regelung bis spätestens 1.1.1996 getroffen werden, wie sie den Umstieg von FCKW auf HFCKW durchführen.

Im Kopenhagener Zusatzabkommen von 1992 wird für die Übergangszeit festgelegt, daß für alle "Artikel 5-Staaten", daß für deren Umstiegskosten von voll- auf teilhalogenierte FCKW weiterhin der Fond zuständig ist unter Einhaltung der Regelung für eine Anwendung von teilhalogenierten FCKW.<sup>3</sup>

Diese "Regelung" ist folgende: Das Kopenhagener Zusatzabkommen zum Montrealer Protokoll sagt für "Nicht-Artikel 5" Länder, etwa Österreich, daß

- "die Anwendung der im Montrealer Protokoll aufgelisteten ozonschichtzerstörende Substanzen (Gruppe I, Annex C) nur dann angewendet werden sollen, wo keine umweltverträglichen Alternativen oder Technologien vorhanden sind" <sup>1</sup>

und

"die Anwendung der im Montrealer Protokoll aufgelisteten ozonschichtzerstörende Substanzen (Gruppe I, Annex C) so erfolgen sollten, daß die Ozonschichtzerstörung möglichst gering gehalten wird und auch andere umweltrelevante, sicherheitstechnische und ökonomische Kriterien berücksichtigt werden". <sup>2</sup>

Der OEWG-Vorschlag sieht

- a) eine Förderung von FKW 134a für Kühlschränke-Kompressoren vor, obwohl von den führenden europäischen Kühlschrankhersteller bereits heute völlig FCKW/FKW freie (und energieeffiziente) Kühl- als auch Gefriergeräte hergestellt und angeboten werden,
- b) einen stufenweisen Ersatz bei der Schäumung von Polyurethan-Hartschäumen von vollhalogenierten FCKW über teilhalogenierten FCKW und FKW vor, obwohl auch hier die Technologieumstellung etwa in Europa von FCKW/FKW klar je nach Anwendungsgebiet weg von FCKW/FKW und hin zu Wasser, CO<sub>2</sub> bzw. Kohlenwasserstoffen wie Cyclopentan geht und im großen und ganzen auch bereits umgesetzt ist.
- c) nur den Ersatz von vollhalogenierten FCKW durch das teilhalogenierten FCKW R22 für den industriellen und gewerblichen Kühlsektor vor, obwohl noch in der Präambel des OEWG-Papiers Ammoniak, das ja besonders im Industriekältesektor seit Jahrzehnten erfolgreich und energieeffizient verwendet wird, erwähnt wird.

Fußnoten:

Die oben erwähnten Zitate aus dem englischen Original:

<sup>1</sup> "To ensure that, notwithstanding the new statues of HCFCs as controlled substances, the incremental costs of Parties operating under paragraph 1 of Article 5 of the Protocol of making the transition from CFCs to HCFCs consistent with the regulation on the applications for HCFCs in foam insulation or commercial/industrial refrigeration for Article 5 countries."

<sup>2</sup> "As of January 1996, each party shall endeavour to ensure that the use of controlled substances in Group I of Annex C is limited to those applications where other environmentally suitable alternative substances or technologies are not available"

<sup>3</sup> Controlled substances in Group I of Annex C are selected for use in a manner that minimises ozone depletion, in addition to meeting other environmental, safety and economic considerations".

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende

#### **ANFRAGE:**

1. Welche Position nimmt Österreich in der Frage der Förderungsrichtlinien des Multilateralen Fonds ein?
2. Wird Österreich dem jetzt vorgelegten OEWG-Vorschlag bei der nächsten Sitzung in Bangkok zustimmen?
  - Wenn ja, warum?
  - Wenn ja, halten Sie dies aus ökologischen, ökonomischen und entwicklungspolitischen Gründen wirklich für vertretbar?
  - Wenn nein, was wird Österreich konkret tun? (Bitte um detaillierte Auflistung!)